

Beiträge zur Zeitgeschichte



Von Dr. Klaus Rose

Die neue Europaregion „Donau-Moldau“ im historischen Kontext

Der Passauer Neuen Presse war es am 2. Juli 2012 die Hauptschlagzeile wert: „Europaregion wird Wirklichkeit“ Niederbayern und die Oberpfalz sowie der im Einflussgebiet der Passauer Neuen Presse liegende oberbayerische Landkreis Altötting auf deutscher Seite arbeiten künftig eng zusammen mit jenen tschechischen und österreichischen Regionen, die Jahrzehnte lang am „Eisernen Vorhang“ leben mussten. Entsteht etwa gar eine neue Gebietskörperschaft?

Es gibt seit Jahren eine Art Vorläufer, wenn auch in kleinerem Umfang. Die Euregio „Bayerischer Wald-Böhmerwald-Unterer Inn“ mit ihrer Geschäftsstelle in Freyung hatte sich in akribischer Kleinarbeit darum gekümmert, möglichst viele öffentliche Fördergelder in ihr Einzugsgebiet zu holen, besonders Gelder aus Brüssel. Ungezählte Projekte machten das alte Grenzgebiet attraktiver und sie führten auch die Verantwortlichen und die Menschen enger zusammen. Die früher undenkbar Fußgängerbrücke zwischen der uralten Neuburg hoch über dem Inn und dem Ort Wernstein sei als besonders herausragendes Beispiel der neuen Zeit und des Zusammenlebens zwischen Bayern und Österreich erwähnt.

Die Kärner der früheren Arbeitsgemeinschaft Unterer Bayerischer Wald

Auch die Euregio hatte ihre Vorläufer. In erster Linie ging sie aus der kleinen AG „Unterer Bayerischer Wald“ hervor, die zunächst die alten Landkreise Wegscheid, Wolfstein, Passau, Vilshofen und die kreisfreie Stadt Passau diesseits des „Eisernen Vorhangs“ umfasste. Sie war 1967 aus der Taufe gehoben worden und ließ die „Chefs“ der Landkreise sowie die dort ansässigen Bundes- und Landtagsabgeordneten zu gemeinsamen Taten aufbrechen. Es ging einerseits um die Verbesserung der Infrastruktur im eigenen Gebiet, also um Straßen, Schulen, Krankenhäuser oder Freizeiteinrichtungen. Es ging andererseits aber auch um die Zusammenarbeit über die Grenze hinweg -

damals ein äußerst schwieriges Unterfangen. Es herrschte ja noch Eiszeit. Die Kommunisten in der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik (CSSR) wollten keine Zusammenarbeit und schotteten sich ab, die Politiker in Bayern waren ebenso misstrauisch und zu Recht von Stimmungen geleitet, „mit denen nichts zu tun haben zu wollen“. Wer es trotzdem versuchte, bekam das Etikett des „Ostspions“ oder gar des „Verräters“ angeheftet. Der Drang der Menschen nach Überwindung der undurchlässigen Grenze war auf Dauer jedoch größer. 1983 wurde in Bad Füssing deshalb die Deutsch-Tschechoslowakische Gesellschaft gegründet, die in Prag aufgeschlossene Partner fand. Bereits 1989 zerbröselte der „Eiserne Vorhang“, Männer wie Hans Presl und Dr. Emil Brichta konnten stolz auf die von ihnen erbrachte Leistung des Anbohrens der Grenze sein. Der Autor selbst könnte aus eigener Kenntnis der Entwicklung ein dickes Buch über die damalige harte Kärnerarbeit schreiben. Sie fing schon bei den Planungen zu Hause an, setzte sich bei den Schrecken der jeweiligen Grenzkontrollen fort und endete nicht selten in dem Slogan „Außer Spesen nichts gewesen“. Aber letztlich lohnte sich die Mühsal.

Vollendet sich das „Europa der Regionen“?

In den 1970er Jahren war erstmals die Rede vom „Europa der Regionen“ aufgekommen. Kein Wunder, denn besonders im Alpenraum mit seinen konservativen Regierungen in Bayern, in Oberösterreich, in der Steiermark, in Tirol oder in Südtirol hatte man schon



Die Grafen von Formbach bei Passau hätten gerne EU-Mittel gehabt.

damals die Schnauze voll vom „Brüsseler Bürokratismus“, natürlich auch von der „Bonner Republik der Sozialliberalen“. Eine enge Zusammenarbeit in einer „Alpenregion“ wurde beklatschtes Ziel in den Bierzelten und auf grenzüberschreitenden Sommerlagern, beispielsweise im „Austria-Camp“ der Jungen ÖVP am Mondsee. Verantwortlicher denkende Politiker träumten allerdings mehr von einem stabileren Unterbau für das zusammenwachsende Europa. Der Verlust der Nationalstaaten schien weniger gefährlich als der Verlust der regionalen Zusammengehörigkeit. Rein sprachlich fühlten sich die Politiker im Alpenraum untereinander verbundener als zu Hamburg oder zu Wien. Doch es waren nicht bloß die dortigen Menschen, die zusammenkommen wollten. Es gab auch hin zu den Benelux-Ländern oder zum Elsass Bestrebungen einer Kooperation.

Als tatsächlich die Alpen-Adria-Region aus der Taufe gehoben wurde, waren sich Belgrad, Bonn, Rom und Wien schnell einig: „Hier sind Separatisten am Werk“. Ganz so schlimm kam es zwar nicht. Doch die Stärkung des Selbstbewusstseins der Slowenen und Kroaten im kommunistischen Jugoslawien hatte zweifelsfrei auch mit dem neuen Ruf der neuen

„Region“ zu tun. In München gab es außerdem seit langem die Südosteuropa-Gesellschaft, die mit wissenschaftlichen und kulturellen Studien und Tagungen tief in den Donauroum hinein wirkte und sogar beim Aufbau neuer Medien mithalf. Über das segensreiche Wirken dieser Gesellschaft und des zusätzlichen Südostinstituts im Hinblick auf eine neue Freiheit für die Balkan-Völker sind zahlreiche dicke Bände erschienen.

Die Aufgaben der Region Donau-Moldau

Ist also die neue Donau-Moldau-Region eine Fortsetzung früherer Gedankenspiele? An einen neuen Separatismus denkt wohl niemand. Der tschechische Präsident Vaclav Klaus müsste sich also nicht so fern halten. Er muss nur anerkennen, dass es eine Madrider Rahmenkonvention des Europarats gibt, die „Euregios“ ausdrücklich rechtlich absichert. Trotzdem sollte die Region Donau-Moldau bei ihren Kern-Gedanken bleiben, die nicht auf eine neue eigenständige Gebietskörperschaft abzielen. Ein neues „Habsburgerreich“ bleibt außen vor. Aber die gute Zusammenarbeit mit dem EU-Regionalkommissar, mit den jeweiligen Europaabgeordneten oder mit dem Ausschuss der Regionen bringt wertvolle Ren-

dite. Die dichte Vernetzung im regionalen Hochschul- oder Mittelstandsbereich ist Zukunftsaufgabe genug. Ein bisschen Emotion darf natürlich schon sein. „Als Böhmen noch bei Österreich war“ mit seinem Hintersinn, dass sich der Vater in Brünn eine echte Wienerin anlachte, lässt die Menschen positiv schmunzeln. Jedenfalls wird es in Zukunft darauf ankommen, regionale Fördermittel direkt aus Brüssel anzulanden, ohne in München fragen zu müssen. Dass die bayerische Staatsregierung oder die oberösterreichische Landesregierung gerne Bescheid wüssten, versteht sich von selbst. Eine beträchtliche Gefahr besteht allerdings darin, dass das bayerische Finanzministerium sich aus der eigenen Verantwortung für die Regionen davon stiehlt, nach dem Motto: „Wenn Brüssel zahlt, brauchen wir nicht“. In anderen Bereichen streicht es sogar nachträglich bisher rechtlich abgesicherte Mittel, nur weil sowieso „Berlin“ bezahlt. Es heißt also für die Verantwortlichen in der Donau-Moldau-Region, sich nicht klein kriegen zu lassen. Der „Metropolismus“ ist nicht automatisch vom Tisch. Trotz dieser Gefahr bleibt richtig; das „Grüne Dach Europas“ bekommt durch die neue Form der Region eigene Luft zum Atmen.